

Die «Covidioten» hatten recht

Wir brauchen jetzt eine umfassende Aufklärung des gesamten Corona-Unrechts: Untersuchungsausschüsse, Strafverfahren, Wahrheitskommissionen.

Milosz Matuschek

Eine Gesellschaft befindet sich im vorübergehenden oder finalen Verfall, wenn der gewöhnliche, gesunde Menschenverstand ungewöhnlich wird», befand der britische Autor Gilbert Keith Chesterton. Mit Rückblick auf die letzten zwei Jahre der Pandemie trifft dies besonders zu. Wer die Zeichen der Zeit früh erkannte und auf sein Bauchgefühl, die natürliche Intuition und den gesunden Menschenverstand vertraute, konnte nur skeptisch sein und sich vor der Covid-19-Impfung hüten, die letztlich gar keine war, da sie weder bei Geimpften noch bei anderen Infektionen verhinderte.

Das grosse kleine Wort

Es führt kein Weg daran vorbei: Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung des Corona-Komplexes. Alles muss auf den Tisch. Die Liste der offenen Fragen ist unendlich: Wurde das Virus überhaupt je isoliert? Wie konnte es sein, dass eine neuartige mRNA-Technologie, die in früheren Tests fatale Folgen aufzeigte, im Eiltempo zugelassen wurde? Wie kann es sein, dass die mRNA nun doch von der Muttermilch auf Babys übertragen wird und dass bei vielen Frauen eine ungewöhnlich starke Monatsblutung nach der Impfung auftritt, obwohl dies vorher für unmöglich oder für vorübergehend erklärt wurde? Was ist mit der angeblich so rätselhaften Übersterblichkeit im Jahr 2022 in zahlreichen Ländern? Wie kann es sein, dass ein Impfstoff breit und laut als nebenwirkungsfrei sowie effektiv beworben wurde, obwohl tatsächlich das Gegenteil der Fall ist? Für welche Coronavirus-Forschung in Wuhan vergab Anthony Fauci über die Eco Health Alliance von Peter Daszak Forschungsgelder vor der Pandemie? Wie konnte Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin im Alleingang bei Pfizer Impfstoff für siebzig Milliarden Euro ordern und ihre diesbezüglichen SMS löschen? Das interessiert gerade auch die EU-Ermittlungsbehörden brennend.

Das grosse kleine Wort, das in der Pandemie der Türöffner für alles war, lautete «nur». Es ist doch nur für zwei Wochen. Es ist doch nur eine

Maske. Es ist doch nur ein Piks. Inzwischen sind wir in der Ära des «nun doch». Das Fatale daran: Um von der Skepsis zur Gewissheit zu kommen, wurde ein einzigartiger globaler medizinischer Menschenversuch durchgeführt, der auf Täuschung beruhte und unzählige Kollateralschäden zur Folge hatte. Menschenversuche

Um zur Gewissheit zu kommen, wurde ein einzigartiger globaler Menschenversuch durchgeführt.

ohne Einwilligung sind laut dem Nürnberger Kodex verboten. Und auch sonst stellen sich zahlreiche juristische Folgefragen: So ist es verboten, ein Medikament mit einer Eigenschaft zu bewerben, die de facto nicht vorliegt. Am 25. Februar 2021 verkündete die Bild-Zeitung mit Verweis auf Biontech-Gründer und «Impfheld» Ugur Sahin: «Geimpfte sind nicht mehr an-

steckend!» Am 14. August 2021 behauptete Karl Lauterbach auf Twitter, die Impfung sei nebenwirkungsfrei und lebensrettend. Die Impfung wurde als Weg aus der Pandemie angepriesen, als «Gamechanger» und Weg in die Freiheit. Die Covid-Zertifikate sollten laut Alain Berset aufzeigen, dass man nicht mehr ansteckend sei. Der Leiter der Covid-Task-Force, Martin Ackermann, wollte die Pandemie binnen acht Wochen beenden, wenn sich alle impfen lassen würden.

Die Impf-Lüge ist kein Kavaliersdelikt. Denn sie wurde zur Basis für milliardenfache experimentelle Inokulationen, also Körperverletzungen, sehr viele davon mit schweren Schäden und Todesfolgen, die offenbar billigend in Kauf genommen wurden. Mit der Impf-Lüge wurden auf Basis einer Täuschung Milliarden an Steuergeldern an die Impfstoffhersteller verschoben; Politiker, Gesundheitsfunktionäre und Medien waren Komplizen des grössten Pharmabetrugs der Geschichte. Gemeinsam täuschte man die Weltbevölkerung und nötigte sie zugleich mit Freiheitseinschränkungen und sozialer Ächtung zur Unterordnung. Die Covid-Impfkampagne ist ein Sumpf aus millionenfacher Nötigung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung (mit Todesfolge), Betrug, Korruption und Verleumdungen. Wir sprechen über ein monströses Menschheitsverbrechen, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Medien als Komplizen der Pharma

Wie war all das möglich? Diese Frage werden sich wohl vor allem zukünftige Generationen stellen, wenn die Geburtenrate nicht noch weiter einbricht. Denn trotz aller Ungereimtheiten sind Skepsis und gesunder Menschenverstand im Mainstream bis heute nicht gefragt; man beschweigt die Katastrophe und vertuscht so das eigene Versagen. Dabei hätte es für Skepsis schon vor der Pandemie allen Grund gegeben: Allein Pfizer und Johnson & Johnson haben für frühere Verfehlungen (Pfizer für illegale Produktwerbung, Johnson & Johnson für Asbest in Babypuder) bereits so viele Milliarden an Schadenersatz zahlen müssen, dass man sich tatsächlich fragen muss, wo Gesundheitsschutz



Weg in die Freiheit.

aufhört und organisierte Kriminalität anfängt. Die Willfährigkeit der Medien gegenüber Regierungen und Pharmaindustrie machte diese zu Komplizen. Wie lange hält der faule Burgfrieden noch? Die Anzeigengelder der Regierungen, Spenden von Philantro-Kapitalisten wie Bill Gates und von der Pharmaindustrie haben das Vertrauen der Bürger in die Medien jedenfalls endgültig pulverisiert.

Die juristische Belangung der Verantwortlichen für das Corona-Desaster ist das eine. Zugleich stellt sich die Frage nach der Befriedung der Gesellschaft. Geschehenes Unrecht kann nicht ungeschehen gemacht werden, geschlagene Wunden können allenfalls heilen. Selbst Schadenersatz und Schmerzensgelder aus einem grossen Entschädigungsfonds der Pandemie-Profiteure können nur teilweise Genugtuung bringen. Letztlich ist der beste Kitt der Gesellschaft die Wahrheit.

Blinde Richter

Was es jetzt braucht, ist eine Aufklärung ohne Wenn und Aber. Strafprozesse könnten helfen, Beweise zu erheben und den gesamten Stoff des Desasters zu sammeln und zu sichern. Ob die gegenwärtigen Gerichte dieser Aufgabe gewachsen sind, ist jedoch fraglich. Wenn selbst das Bundesverfassungsgericht in Deutschland die Datengrundlage der Regierung nicht hinterfragt, sondern blind übernimmt, braucht es eher neue Corona-Sondergerichte mit unbelasteten Richtern, einer breitestmöglichen Beteiligung der Öffentlichkeit und kostenfreiem, niedrigschwelligem Zugang zu rechtlichem Gehör. Jeder Bürger sollte in die Lage versetzt werden, seine offenen Fragen beantwortet zu bekommen und seine persönlichen Schäden, sei es beruflich, gesundheitlich oder finanziell, auflisten zu können.

Vor der Einschaltung des Corona-Sondergerichts könnten Wahrheitskommissionen eingerichtet werden, wie sie bei Menschenrechtsverbrechen grössten Ausmasses bereits erprobt wurden. Diese sollten die Aufgabe haben, auf individueller Ebene Debattenräume zu schaffen und Plattformen des Austausches und der Versöhnung zu bieten. Am Ende wird es wenig nützen, nur zu wissen, wie wir in die selbstverursachte Katastrophe hineingeschlittert sind – wir müssen lernen, diese hinter uns zu lassen. Sonst bleiben wir zersplitterte Gesellschaften, die für zukünftige Herausforderungen denkbar schlecht gerüstet sind.

Milosz Matuschek ist Jurist, Herausgeber von www.freischwebende-intelligenz.org und Autor des *Spiegel*-Bestsellers «Wenn's keiner sagt, sag ich's» (Fifty-Fifty).

Verzweiflung griff in Zürich um sich

Die kantonale SVP sollte Hans-Ueli Vogt ewig dankbar sein. Unabhängig davon, ob er gewählt wird.

Marcel Odermatt

Als der frühere Nationalrat Hans-Ueli Vogt vor zwei Wochen im Hotel «Schweizerhof» in Zürich seine Bundesratskandidatur bekanntgab, stand dem Präsidenten der SVP Zürich, Domenik Ledergerber, die Erleichterung ins Gesicht geschrieben. Seine Sektion war damit um Haaresbreite an einem Fiasko vorbeigeschrammt.

Was war passiert? Die nationale Findungskommission um den Baselbieter alt Nationalrat Caspar Baader hatte mitbekommen, dass die Kandidatur von Michèle Blöchliiger Probleme bringen könnte. Die Nidwaldner Finanzdirektorin hatte als Geschäftsführerin in einem Zuger Unternehmen gearbeitet, das später Konkurs anmeldete («Tolggen im Reinheft», *Weltwoche* Nr. 42/22).

Aufgrund dieser Unsicherheiten drängte die nationale Findungskommission die Zürcher dazu, eine Frau als Kandidatin vorzuschlagen, der man mit hundertprozentiger Sicherheit einen Persilschein ausstellen konnte. Nach den Bewerbungen von Albert Rösti, Werner Salzmann und Heinz Tännler sollte sichergestellt werden, dass auch eine weibliche Aspirantin zur Auswahl stehen würde.

Chancenlos in der Bundesversammlung

Die Zürcher machten sich auf die Suche. Die Wahl fiel auf Therese Schläpfer, wie sie auf Anfrage der *Weltwoche* bestätigt. «Ja, ich wurde von der Zürcher Findungskommission angefragt und habe mein Interesse bekundet», sagt die 63-jährige Nationalrätin. Bekannt wurde die frühere Maître de Cabine vor acht Jahren, als sie die astronomischen Kosten publik machte, die eine eritreische Familie der kleinen Ortschaft Hagenbuch im Züribiet verursachte. Schläpfer war dort Gemeindepräsidentin.

Im Mai vor drei Jahren rückte sie als Nachfolgerin von Jürg Stahl in die grosse Kammer nach. Seither hat sie sich im Bundeshaus als unerschrockene Kämpferin gegen das Gendern an den Universitäten, als Kritikerin der Covid-19-Massnahmen und als Gegnerin der Pflegeinitiative einen Namen gemacht.



Verlegenheitslösung und Befreiungsschlag: Nationalrätin Schläpfer, Kandidat Vogt.

Trotzdem: Eine Meinungsführerin in der Fraktion war Schläpfer nie. Auch im Rat ist sie eine Hinterbänklerin geblieben. Bei all ihren Qualitäten wäre Schläpfer eine Verlegenheitslösung gewesen. Sie hätte in der Vereinigte Bundesversammlung gegen Albert Rösti nicht den Hauch einer Chance gehabt.

Die stolze Zürcher SVP, die wie keine zweite Kantonalpartei die Schweizer Politik seit den neunziger Jahren prägt, wurde mit dem Abgang des bald 72-jährigen Maurers auf dem falschen Fuss erwischt. Verzweiflung griff um sich. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Schläpfer kurz davorstand, in die Hosen zu steigen. Am Ende entschied sich die Führungsriege, den Wunsch der nationalen Findungskommission

«Ja, ich wurde von der Zürcher Findungskommission angefragt und habe mein Interesse bekundet.»

nach einer Frauenkandidatur zu ignorieren und stattdessen eine starke Zürcher Alternative zu den Papabili aus Bern und Zug zu präsentieren.

In letzter Sekunde gelang mit Hans-Ueli Vogt ein Befreiungsschlag. Unabhängig davon, wie der Wirtschaftsprofessor in diesem Wettbewerb abschliessen wird: Mit seiner Zusage hat er die Zürcher SVP vor einer chancenlosen Kandidatur bewahrt. Die Erleichterung von Präsident Ledergerber war sicher nicht gekünstelt.